

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Erich G. Fritz, Gunnar Uldall, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/5755 –**

Stärkung des freien Welthandels durch neue WTO-Runde

A. Problem

Stärkung der Akzeptanz des multilateralen Handelssystems; Umsetzung einer flexiblen Handlungsstrategie und eines flexiblen Verhandlungsmandates der Europäischen Union im Rahmen der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Katar.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/5755 – abzulehnen.

Berlin, den 7. November 2001

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz Riesenhuber
Vorsitzender

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk

I.

Der Antrag wurde in der 195. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Oktober 2001 dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II.

Im Antrag der Fraktion der CDU/CSU wird auf das Scheitern der WTO-Ministerkonferenz in Seattle Bezug genommen. Es wird festgehalten, dass Vorbereitung, Ablauf und Ergebnis der WTO-Ministerkonferenz in Katar von besonderer Bedeutung für die Akzeptanz des multilateralen Handelssystems sein werden. In dieser Situation kommt einer flexiblen Verhandlungsstrategie der Europäischen Union sowie einer wirkungsvollen Unterstützung der EU-Position durch die Bundesregierung eine besondere Bedeutung zu. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, sich im Europäischen Rat dafür einzusetzen, dass die Europäische Kommission ausreichend Flexibilität für die Verhandlungsführung bekommt.

III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und beschlossen, den Antrag für erledigt zu erklären.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlage in seiner 78. Sitzung am 7. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stim-

men der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlage in seiner 105. Sitzung am 7. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 70. Sitzung am 7. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 68. Sitzung am 7. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 82. Sitzung am 7. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/5755 – in seiner 66. Sitzung am 7. November 2001 beraten. Er hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags – Drucksache 14/5755 – zu empfehlen.

Berlin, den 7. November 2001

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Berichterstatlerin

